

II-3064 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1527/J

1981 -11- 30

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. König, *Dipl. Kfm. Löffler*
und Genossen

an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie
betreffend Donaukraftwerk Hainburg

Der Energiebericht der Bundesregierung bezieht sich auf das koordinierte Ausbauprogramm der E-Wirtschaft, welches auch den terminisierten Ausbau des Donaukraftwerkes Hainburg umfaßt. Auf Grund von öffentlichen Erklärungen des Herrn Gesundheitsministers und des im Wasserrechtsverfahren zuständigen Landwirtschaftsministers werden sich beide Minister einem Kraftwerksbau an der im Ausbauprogramm vorgesehenen Stelle widersetzen. Abgesehen von den divergierenden Aussagen der E-Wirtschaft und der beiden Minister über die Auswirkungen eines Kraftwerksbaues am geplanten Standort sind die Frage einer möglichen Neuplanung an einem anderen Standort und die daraus resultierende zeitliche Verzögerung bislang ungeklärt. Gerade mit Bezug auf die mit einer Umplanung verbundene Verzögerung des Kraftwerksbaues hat kürzlich Präsident Benya die rasche Verwirklichung des Baues am ursprünglich geplanten Standort gefordert, wofür jedoch der im Wasserrechtsverfahren zuständige Bundesminister eine Zustimmung ausdrücklich ausgeschlossen hat.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Wurde seitens des Gesundheitsministers mit Ihnen bezüglich eines anderen Kraftwerksstandortes für das Donaukraftwerk Hainburg Kontakt aufgenommen?
- 2) Wurde seitens des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft mit Ihnen bezüglich eines anderen Kraftwerksstandortes für das Donaukraftwerk Hainburg Kontakt aufgenommen?
- 3) Welche Schritte wurden von Ihnen im Hinblick auf die Erklärungen Ihrer Ministerkollegen gesetzt?
- 4) Teilen Sie die Auffassung Ihrer Ministerkollegen, daß das Kraftwerk am vorgesehenen Standort nicht gebaut werden soll?
- 5) Wurde Präsident Benya über die Haltung des im Wasserrechtsverfahren zuständigen Bundesministers von Ihnen unterrichtet?
- 6) Welche Bauverzögerung, Mehrkosten und allfällige Mindererzeugung würde eine Verlegung des geplanten Standortes zur Folge haben?
- 7) Trifft es zu, daß der vorgesehene Standort zu einer Anhebung des stark abgesunkenen Grundwasserspiegels im Marchfeld nach Fertigstellung des Kraftwerkes führen wird?
- 8) Kann heute schon gesagt werden, ob auch ein anderer Standort in gleicher Weise zu einer Anhebung des Grundwasserspiegels im Marchfeld führen wird?
- 9) Welche Haltung haben Sie in dieser Frage gegenüber der E-Wirtschaft eingenommen?